



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 07. 11. 2013
C(2013) 5965 final

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Kommission dankt dem Nationalrat für seine Stellungnahme zur Tagesordnung des Europäischen Rates vom 22. Mai 2013 und zur laufenden Konsultation zum Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und die Energiepolitik bis 2030“ {COM(2013) 169 final}.

Die Kernenergie ist nach Auffassung der Europäischen Kommission eine Möglichkeit, die CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung zu begrenzen oder zu reduzieren. Seit dem Unfall von Fukushima hat sich die staatliche Kernenergiepolitik einiger Mitgliedstaaten geändert, während andere die Kernenergie weiter nutzen oder neue Investitionen planen. Die Kommission steht diesen Entscheidungen neutral gegenüber, aber es muss gewährleistet sein, dass bei der Nutzung von Kernenergie in der EU höchste Sicherheitsstandards eingehalten werden.

Als Reaktion auf den Unfall von Fukushima leitete die Kommission eine Serie von Stresstests ein, bei denen die Sicherheit der Kernkraftwerke in der EU und in Nachbarländern gegenüber extremen äußeren Einwirkungen überprüft wurde.

Die Kommission hat vor kurzem einen Vorschlagsentwurf zur Änderung der Richtlinie über nukleare Sicherheit vorgelegt und im Einklang mit dem Euratom-Vertrag dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zur Stellungnahme zugeleitet. Nach Erhalt der Stellungnahme des EWSA wird die Kommission ihren endgültigen Vorschlag vorlegen. Der Entwurf trägt den Lehren aus dem Nuklearunfall von Fukushima und den Stresstests für europäische Kernkraftwerke Rechnung. Des Weiteren führt die Kommission Arbeiten im Bereich der Notfallvorsorge und -bekämpfung im Nuklearbereich durch.

Angesichts der Rolle, die fossile Brennstoffe im globalen und europäischen Energiemix spielen, und unter Berücksichtigung der CO₂-Emissionen in vielen Industrieprozessen vertritt die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung zur Zukunft der CO₂-Abscheidung und -Speicherung in Europa {COM (2013) 180 final} die Auffassung, dass die CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu den Schlüsseltechnologien gehört, die es ermöglichen, die steigende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen mit der Notwendigkeit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen zu vereinbaren.

Die Kommission hofft, dass sie mit ihren Ausführungen den Bedenken des Nationalrates gerecht geworden ist, und freut sich auf eine Weiterführung des politischen Dialogs.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Maroš Šefcovič
Vizepräsident

Frau Mag. Barbara PRAMMER
Präsidentin des Nationalrats
Dr. Karl Renner-Ring 3
A – 1017 WIEN